

Freiheit ist immer um so mehr gegeben, je gleicher die Freiheit ausgeübt werden kann.

Roman Herzog

Fest sein, aber auch flexibel

Zur Zeit überwiegt, speziell in der Berichterstattung der Medien, die Ansicht, der *Weltfriede* sei jetzt gefährdeter denn je. Ein kurzer Rückblick zeigt jedoch, daß diese Meinung durch die Tatsachen so einfach nicht gedeckt ist: 1953 tobte der Korea-Krieg, 1963 begann die zweite amerikanische Phase des Vietnam-Krieges, 1973 brach im Nahen Osten der Yom-Kippur-Krieg aus, 1983 ist erfreulicherweise kein so großer Krieg im Gange, der die Gefahr der Ausweitung in sich trägt.

Veränderung des Gleichgewichts

Trotzdem ist die Labilität der gegenwärtigen Situation nicht zu verkennen, die sich vor allem durch *dramatische Veränderungen im Spannungsverhältnis* zwischen West und Ost ergibt und die sich auch in gigantischen Ausgaben für die Rüstung niederschlägt. Das Internationale Institut für Strategische Studien in London schätzte 1981 die Rüstungsausgaben in West und Ost auf die unvorstellbare Summe von 500 Milliarden Dollar.

Die Ursachen für die Veränderungen im Gleichgewicht zwischen West und Ost sind widersprüchlich: Einerseits ist die Sowjetunion seit 10, 15 Jahren militärisch noch stärker geworden. Die konventionell ausgerüsteten Einheiten der Roten Armee bilden in Europa eine beträchtliche Übermacht und befördern damit im Westen die traditionelle „Russen-Angst“. Dazu kommt der systematische Aufbau der Sowjetflotte, die *Beschleunigung in der sowjetischen Raketenrüstung* einschließlich der SS 20-Raketen, der Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan, die Abdeckung des vietnamesischen Imperialismus in Indochina durch Moskau, der Sowjet-Einfluß in afrikanischen Staaten wie Angola und Äthiopien, das Vordringen der Sowjets bis zur Hintertüre der USA in Zentralamerika. Andererseits haben die sowjetischen Machtinteressen im gleichen Zeitraum *schwere Rückschläge* erlitten. Die für Moskau politisch und militärisch katastrophalen Folgen des chinesischen Abfalls konnten vom Kreml bisher nicht einmal annähernd ausgeglichen werden. Der Entschluß Ägyptens, sich wieder den USA zuzuwenden, bedeutete den Zusammenbruch des bis dahin zeitweise überragen-

den sowjetischen Einflusses im Nahen Osten. Innere Zerklüftungen im sozialistischen Lager, wie die Gewerkschaftsbewegung in Polen oder der rumänische Sonderkurs, können von Moskau nur mit Mühe in Grenzen gehalten werden. Dazu kommt der überraschende Umstand, daß die Sowjetunion von der *Entwicklung der Weltrezession* stärker betroffen wurde, als man in Moskau selbst erwartet hatte.

Schon diese kurze, summarische Auflistung läßt erkennen, wie groß die Veränderungen sind, die sich in den Beziehungen zwischen West und Ost ergeben haben und die seit Ende des Zweiten Weltkrieges durch eine ständig wechselnde Wellenbewegung gekennzeichnet sind: vom Marshall-Plan bis zur Berliner Blockade Stalins, vom Koreakrieg, der den Aufbau eines weltweiten antisowjetischen Bündnissystems provozierte, bis zur Kuba-Krise 1962, die die Welt einem Atomkrieg näher brachte wie kein Ereignis zuvor und danach.

Erst in den späteren sechziger Jahren wuchs in West und Ost die Einsicht von der unmittelbar bevorstehenden *atomaren Parität* der beiden Supermächte. Es kam zum Atomteststopp-Vertrag, zu den Gewaltverzichtsverträgen der Bundesrepublik mit ihren östlichen Nachbarn und mit der Sowjetunion, zu Salt zwischen Nixon und Breschnjew. Nicht einmal der Vietnamkrieg, in den die Vereinigten Staaten zunächst halbherzig, dann auch leichtfertig hineinstolperten, vermochte die Tendenz zur Entspannung zu verhindern.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die 1975 in Helsinki stattfand, sollte die Krönung der West-Ost-Politik im Geist der *Détente* darstellen. Bald stellte sich jedoch heraus, daß dabei die Gegensätze zwischen den Supermächten arg unterschätzt worden waren. Manches von dem, was die Schlußakte von Helsinki durch „vertrauensbildende Maßnahmen“ erreichen wollte, förderte nicht gegenseitiges Vertrauen, sondern gegenseitiges Mißtrauen in West und Ost.

So wurde die *Kritik an der Entspannung* von seiten jener Kreise im Westen immer lauter, die durch die fortwährenden Unterdrückungsmaßnahmen im Osten die eigenen Grundsätze verkauft und verraten sahen. Fehler der Ad-

ministration Carter, die auf sowjetische Aggressionsakte wie in Angola nicht eindeutig genug reagierte, trugen ein übriges bei, um die Idee der Entspannung bei vielen Kritikern zwielichtig werden zu lassen.

Der Amtsantritt Ronald Reagans schaffte wieder klare Fronten, aber Moskau zeigte sich durch die scharfen anti-sowjetischen Töne verstört. Das Argument von der feindlichen Einkreisung, die der Sowjetunion drohe, tauchte in Moskau wieder auf. Dieses Wort hatte seinerzeit unter Stalin zur Rechtfertigung des internen Massenterrors gedient. Bereinigt von seinen propagandistischen Nebenabsichten, hat dieses *Einkreisungsargument* jedoch ein spezifisches Eigengewicht.

In Ost und West fehlt ein politisches Konzept

Einkreisungsgänge dürften das Afghanistan-Abenteuer der Sowjets tatsächlich mitbestimmt haben. Gleichzeitig trugen die Ereignisse in Afghanistan dazu bei, daß sich Amerikas neugewählter Präsident *Ronald Reagan* in seiner Außenpolitik der harten Worte und Maßnahmen gegenüber Moskau voll bestätigt fühlen konnte. Das Wettrüsten begann in weiterer Folge auch den Bereich der Mittelstreckenwaffen in Europa zu erfassen: Die Nato antwortete mit ihrem *Doppelbeschluß* auf die SS-20-Herausforderung Moskaus und kündigte an, 108 Pershing-2-Raketen und mehrere Hundert Marschflugkörper auf europäischem Boden zu installieren, falls es zu keiner Vereinbarung mit Moskau kommen sollte.

Die Sowjets scheinen zur Zeit noch darauf zu hoffen, daß dieser Doppelbeschluß während der Sommerpause oder längstens im Herbst aufgrund der internen Widerstände in Westeuropa fallen wird. Sie setzen offenbar auf die Kraft der westlichen Friedensbewegungen, die den Regierungen mancher westlicher Staaten ohne Zweifel arge Schwierigkeiten bereiten können, die aber kaum in der Lage sein dürften, die Raketen-Nachrüstung zu verzögern oder gar zu verhindern.

Anhänger der „Falken“ im Westen meinen jetzt, der Kreml werde erst dann ernst und seriös zu verhandeln beginnen, wenn er merkt, daß der Westen mit der Aufstellung der *neuen Mittelstreckenraketen* in Europa beginnt. Diese Rechnung kann aber auch falsch sein. Dies würde den gegenwärtigen Raketen-Poker zu einer noch schärferen Aufschaukelung des West-Ost-Gegensatzes führen. Angesichts dieser Situation ist es bedrückend, daß es sowohl im Westen wie auch im Osten keine umfassende politische Vorstellung und Vision gibt, wie die Welt aus dem gegenwärtigen Teufelskreis herauskommen kann, und daß sich die derzeitigen Fühlungen aufs gegenseitige Aufrechnen von Raketen, Flugzeugen und Kriegsschiffen beschränken. Dieser Befund erinnert an die Warnung des profunden Kenners der Sowjetpolitik, *George F. Kennan*, der schon in den fünfziger Jahren während des Koreakrieges eine Militarisierung des Denkens diagnostizierte. Diese trage dazu bei, „uns in Denkscha-

blonen zu pressen, denen gegenüber jede differenzierte Beurteilung der sowjetischen Absichten unwillkommen und unannehmbar ist“. Man solle im west-östlichen Macht- und Rivalitätskampf die Energien nicht einseitig auf den militärischen Bereich fixieren.

Ein neutraler Beobachter, der Schweizer Journalist *Reinhard Meier*, der fünf Jahre lang Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ in Moskau gewesen war, bestätigt in seinem Buch „Sowjetrealität in der Ära Breschnjew“ diese Beurteilung. Tatsächlich werde man den Eindruck nicht los, die Diskussion im Westen kreise allzu eng und ausschließlich um vergleichende Militärausgaben. Eine zuverlässige Abschreckung, die wenigstens vorläufig eine entscheidende Friedenssicherung darstellt, sei gewiß ein wichtiges Anliegen, aber es dürfe doch nicht verkannt werden, daß die *eigentliche Dynamik der weltpolitischen Veränderungsprozesse* durch geistige, durch soziale und wirtschaftliche Faktoren mitbestimmt werde. Beide Supermächte zeigen sich in diesem Wettbewerb *unsicher*. Die Amtsführung Andropows wird bedroht von jenen Strukturen, mit denen schon Breschnjew zu kämpfen hatte: von einem wuchernden Zentralismus und seinen bürokratischen Metastasen. Halbschlüchtige Abrüstungsvorschläge wie der Vorstoß Andropows im Dezember 1982 oder auch der Vorschlag von Anfang Mai, doch nicht die Raketen, sondern die Sprengköpfe zu zählen, verstärken den Eindruck der Unsicherheit.

Die Amerikaner gaben sich in den vergangenen Monaten nicht viel präziser. Die wiederholten Mißverständnisse zwischen Washington und seinen europäischen Verbündeten, der inneramerikanische Kampf für und gegen ein „Einfrieren“ der Atomrüstung, die strategischen Alleingänge Reagans, der im März dieses Jahres plötzlich das Ende der Abschreckungsstrategie ankündigte und ein *nicht-atomares Raketenabwehrsystem* in Auftrag gab, das feindliche Geschosse schon außerhalb des amerikanischen Territoriums abfangen und zerstören soll: Dieses Hin und Her bringt *zusätzliche Unwägbarkeiten mit sich*.

In Washington, in den europäischen Hauptstädten, aber auch in Moskau sollte man indessen erkennen, daß keine Seite die andere „Totrüsten“ kann. Nicht die Sowjets, nicht die Amerikaner. Jede neue Waffe in den Arsenalen einer Supermacht wird nur die konkurrierende Supermacht veranlassen, sich diese Waffe ebenfalls zuzulegen. So hat Andropow erklärt, russische Marschflugkörper seien bereits erprobt worden, russische MX-Raketen würden gebaut.

Notwendig wäre eine westliche Gesamtstrategie

Um diesen Wahnwitz zu stoppen, ist zunächst eine westliche Gesamtstrategie notwendig, die ihre Kontinuität und ihre Konsistenz wiedergewinnen muß, wenn sie sich nicht in eine vordergründige Taktisiererei verlieren will. Die atlantische Gemeinschaft sollte alles daransetzen, um ihre Gemeinsamkeit auf der Grundlage offener Konsultation

wiederherzustellen. Gelingt dies, wird es auch möglich sein, eine nuancierte gesamtstrategische Linie gegenüber dem Osten zu finden: Auf der einen Ebene durch Abschreckung gegenüber jedem Versuch einer Aggression, auf der anderen durch das Angebot einer Zusammenarbeit in der Rüstungsbegrenzung, die allen Beteiligten eine Atempause gäbe.

Die traditionelle Richtschnur der Sowjetmacht, keine unnötigen Risiken einzugehen, ihre Neigung, der *Logik der Vernunft* unzugänglich, der *Logik der Macht* hingegen in hohem Maß zugänglich zu sein, sollten bei der Durchsetzung einer derartigen differenzierten Strategie nützlich sein. Wer den kriegerischen Konflikt mit einem solchen Gegner vermeiden möchte, benötigt in erster Linie Festigkeit und Stärke. Dazu soll sich Flexibilität und psychologisches Einfühlungsvermögen gesellen, um den Anfang eines neuen Gesprächsklimas überhaupt zu ermöglichen. So könnte die Erkenntnis wachsen, daß nicht nur die Sowjetunion eine ganze Reihe ihrer Nachbarn überfallen und okkupiert hat, sondern daß Rußland mit seinen geographisch weit offenen Grenzen im Lauf seiner jüngsten Geschichte mehrmals vom Westen her überfallen worden ist. Abseits der kommunistischen Ideologie, die alles tut, um dieses Faktum für ihre Zwecke auszuschlachten, gibt es ein legitimes russisches Sicherheitsbedürfnis.

Künftigen russischen Regierungen wird eines Tages klarzumachen sein, welch schlechter Dienst an diesem russischen Sicherheitsbedürfnis es ist, wenn die osteuropäischen Völker unter Zwang und Druck aller Art als Geiseln für die Sicherheit Rußlands unter sowjetischer Oberhoheit festgehalten werden. Die Rebellionen gegen diesen auf Dauer unhaltbaren und entwürdigenden Zustand flammen alle paar Jahre in einem anderen Land auf, in Polen sind sie mittlerweile chronisch geworden. Trotz all ihrer Machtmittel ist die Sowjetunion offensichtlich nicht mehr in der Lage, diese Unruhen zu verhindern.

Daher sollte man vom Westen her in einer geduldigen, langfristigen Bemühung versuchen, von Moskau die Entlassung der osteuropäischen Völker in eine innere Autonomie gegen den Kaufpreis ihrer freiwilligen und *loyalen außenpolitischen Bindung* an den großen östlichen Nachbarn zu erreichen. Das Beispiel Finnlands und seiner Handlungsweise gegenüber der Sowjetunion könnte dabei manchen Fingerzeig geben. Finnlandisierung war bisher ein Schreckwort für den Westen. Warum soll man den Spieß nicht umdrehen und eine Finnlandisierung Polens oder der Tschechoslowakei als Ausweg aus einer permanenten Krise vorschlagen? Dabei muß klar sein, daß ein so *utopisches Fernziel* nicht von heute auf morgen erreicht werden kann und daß ein derartiger Vorschlag für die gegenwärtige herrschende Klasse in der Sowjetunion heute noch undenkbar erscheinen muß. Aber vielleicht wächst auch in Moskau die Einsicht, daß man ganze Völker nicht für unabsehbare Zeit mit Gewalt niederhalten kann.

Bei aller Festigkeit gegenüber jeder potentiellen Aggression ist *Flexibilität* auch dort angebracht, wo es um die Abschätzung des Zerstörungsgrades nuklearer Massenvernichtungsmittel geht. Diesen Gesichtspunkt hat man

da und dort jahrelang zu verniedlichen versucht, um nicht das Argument von der Notwendigkeit der Selbstverteidigung zu schwächen.

Die intensive Friedensdiskussion in der ganzen Welt hat jedoch neue Maßstäbe für dieses Problem gesetzt. Ganz anders als in den fünfziger Jahren, als Stalin die Sehnsucht nach dem Frieden zu einer weltweiten kommunistisch gelenkten Verwirrungs- und Einschläferungskampagne unter dem Signet der Friedenstaube Picassos mißbrauchte, stellten sich jetzt Christen an die Spitze der Bemühungen um den Frieden: vom argentinischen Friedensnobelpreisträger *Adolfo Esquivel* bis zu den nordirischen Peace-People, von evangelischen und katholischen Jugendlichen in der DDR bis zum gewaltlosen Widerstand in Polen. Der Papst geht mit seinem Beispiel voran: Wie keiner seiner Vorgänger verurteilt er kompromißlos den Krieg, und mit seinen Reisen nach Großbritannien und Argentinien mitten im Falklandkrieg zeigte er an, daß er auch sein persönliches Prestige nicht schonte, um seinen Auftrag zu erfüllen und die Völker aufzurufen, die Waffen niederzulegen.

Deutlicher als in anderen Zeitabschnitten erkennen heute viele Menschen die alte Weisheit, daß es auch für die eigene Weltverteidigung sittliche Grenzen gibt. Die historische Erfahrung, wonach die Anhäufung militärischer Macht stets von Nutzen ist, gilt jenseits des Punktes, an dem nukleare Parität erreicht wird, nicht mehr länger. Nur, wer auch darüber spricht und ohne Vorurteil argumentiert, wird jene Teile der Jugend, die einer aktiven Verteidigung skeptisch gegenüberstehen, für ein Konzept des differenzierten Vorgehens gewinnen können.

Bleibender Beitrag deutscher Ostpolitik

Flexibilität im Verhältnis zwischen West und Ost ist auch dort anzuraten, wo es um bescheidene Versuche konkreten „Eisbrechens“ verhärteter Fronten geht. Die *Entspannungspolitik* ist nicht zuletzt dadurch in Verruf gekommen, weil sie sich als Weltanschauung, als Erlösungsformel gerierte. Die herben Enttäuschungen der Vergangenheit waren in dieser Hinsicht eine Lehre. Geblieben ist die Erkenntnis, daß es keine positive Alternative zu einem friedlichen west-östlichen Nebeneinander gibt. So haben zum Beispiel die Normalisierungsverträge zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, aber auch mit den anderen osteuropäischen Ländern, einen bleibenden Beitrag dazu geleistet, wenn sie auch die strittigen Grundfragen nicht lösen konnten. Immerhin wurde aber das früher permanent gespannte Verhältnis zwischen Moskau und Bonn spürbar entschärft. Die Berliner Mauer wurde dadurch zwar nicht beseitigt, aber sie ist ungleich durchlässiger geworden. Wenn dies auch an anderen Stellen der west-östlichen Demarkationslinie quer durch Europa gelänge, millimeterweise, Schritt für Schritt, und allen Rückschlägen zum Trotz, dann würde trotz des quälend fortdauernden West-Ost-Konfliktes im stillen und kleinen die Einheit unseres Kontinents aufs neue vorbereitet.

Fritz Csoklich